

Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

2,90 Euro D3499C

NR. 28 R

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

12.7.2009

Sebastian Vettel
Ein Viertel
Schumacher

SPORT, S. 13

Weinkritik
Aufstand der
Winzer

GESELLSCHAFT, S. 48



Rentenversicherer
Der Skandal
der Privaten

GELD & MEHR, S. 37

Coco Chanel
Leben in
Eleganz

FEUILLETON, S. 23

Heute große Telefonaktion
Das krisensichere Depot
Geld & Mehr, S. 43



Heftiger Streit über Atomkraft

SPD und CDU überschütten einander mit Vorwürfen

elo./mwe./wvp. BERLIN. Nach gut dreieinhalb Jahren gemeinsamen Regierens stellen SPD und Union endgültig auf Wahlkampf um. Elf Wochen vor der Bundestagswahl streiten die Koalitionspartner in rauhem Ton über die Laufzeiten von Kernkraftwerken. Ausgelöst hat den Streit ein Störfall im schleswig-holsteinischen Kernkraftwerk Krümmel. Führende SPD-Politiker, unter ihnen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, machen sich für eine Stilllegung des Reaktors stark. In der Union heißt es, das sollten Fachleute entscheiden, „nicht Kanzlerkandidaten“.

Bundesumweltminister Sigmund Gabriel (SPD) warf Union und FDP vor, sie führten sich als „verlängerter Arm der deutschen Atomwirtschaft“ auf. Mahnungen einzelner Unions-Politiker wie der Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Bayern, Peter Harry Carstensen (CDU) und Horst Seehofer (CSU), den Streit über die Sicherheit der Kernkraftwerke nicht zum Großthema des Wahlkampfes zu

machen, blieben unerhört. Die Regierungschefs von Hessen und Niedersachsen, Roland Koch und Christian Wulff (beide CDU), plädierten dafür, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen. Koch bezeichnete Gabriel als „erfolglosen Showpolitiker“. Kritisiert wurde Gabriel auch von Energieversorgern. Der RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann sagte dieser Zeitung: „Man merkt bei Sigmund Gabriel, dass der Wahlkampf schon begonnen hat.“

Gabriel sagte dieser Zeitung, Wahlkämpfe seien dazu da, „klare Unterschiede sichtbar zu machen, damit die Wählerinnen und Wähler sich zwischen Alternativen entscheiden können“. Die SPD wolle den Schutz vor den Risiken der Atomenergie verbessern, „indem die problematischen Meiler unverzüglich zugunsten der jüngeren Reaktoren stillgelegt werden“. Union und FDP strebten das Gegenteil an: „Sie unterstützen das profitgierige Ansinnen der Atomkonzerne, Altkraftwerke wie Biblis A länger

am Netz zu lassen und dafür die Laufzeit von sicherheitsoptimierten jüngeren Anlagen zu verkürzen.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, zeigte sich den Ankündigungen der Union gegenüber misstrauisch: „Die Absage der Union an den Neubau von Atomkraftwerken ist rein taktisch. Tatsächlich will die Union sich die Option für neue Kernkraftwerke offenhalten.“

Umweltminister Gabriel wird auch von den Grünen angegriffen, die sich ihr angestammtes Thema nicht wegnemen lassen wollen. Der Spitzenkandidat der Grünen für die Bundestagswahl, Jürgen Trittin, warf Gabriel vor, dieser habe in der Vergangenheit die Forderungen der Grünen nach vorzeitiger Stilllegung alter Atomkraftwerke oder der Einführung einer Brennelementesteuer nicht unterstützt. Trittin sagte dieser Zeitung: „Sigmund Gabriel rennt mit dem Kopf gegen eine Wand, die die SPD vor ihm aufgebaut hat.“

Siehe Seiten 10, 29 und 31

Musik wird zum Randfach



Jon Wörge/bergmann

Ganz ohne Musik sei das Leben ein Irrtum, sagt Nietzsche. Das hören die Kinder schon in der Schule, wenn sie zum ersten Mal ihre Blockflöten und Mundharmonikas auspacken und sich zaghaft an der Tonleiter versuchen. Musik schärft nicht nur das Gehör. Sie vermittelt auch einen Sinn für Wohlklang und Rhythmus, schafft im harmonischen Miteinander Gemeinschafts- und Glücksgefühle, wie sie sich sonst am ehesten im Sportunterricht entwickeln können. Aber an deutschen Schulen fällt kein Unterrichtsfach häufiger aus als Musik, sogar öfter noch als Sport. Wenn die Zeit für sogenannte

Hauptfächer wie Deutsch und Mathematik oder gern auch als Nebenfächer bezeichnete naturwissenschaftliche Disziplinen wie Physik oder Chemie knapp wird, borgt man sie sich bedenken- und rückhaltlos von der Musik. Eine Erosion des Musiklebens in Deutschland sieht der Deutsche Musikrat heraufziehen – und warnt vor den Folgen für die Erziehung überhaupt. Musik als Teil der Bildung, sagt der Dirigent Daniel Barenboim, vermittelt nicht zuletzt jene soziale Kompetenzen, die gerade heute oft vermisst werden: vom komplexen Denken über das Zuhören- bis zum Streitenkönnen.

fig./Siehe Seite 45

SPD will Ruhe bei der Rente

Steinmeier: Steinbrück trägt Beschluss mit

F.A.S. BERLIN. Die SPD ist bemüht, die Kritik ihres Finanzministers Peer Steinbrück an der Rentengarantie nicht zu einer Debatte ausufern zu lassen. Zwar wird intern auf Steinbrücks Äußerungen mit Verwunderung reagiert, doch wollten SPD-Minister sich am Samstag nicht weiter zu dem Thema äußern. SPD-Kanzlerkandidat und Außenminister Frank-Walter Steinmeier versuchte, die Diskussion zu beenden. „Peer Steinbrück trägt die Rentengarantie mit, weist aber zu Recht darauf hin, dass wir immer auch die Frage der Generationengerechtigkeit im Auge behalten müssen“, sagte Steinmeier der „Welt am Sonntag“.

Steinbrück hatte zuvor gesagt, er habe große Zweifel, ob die Rentengarantie das richtige Signal für die nachfolgenden Generationen sei. Der heutigen Rentnergenera-

tion gehe es so gut wie keiner zuvor. Am Freitag hatte der Bundesrat dem von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) durchgesetzten Gesetz zugestimmt, nach dem die Renten auch bei sinkenden Löhnen nicht gekürzt werden dürfen.

Die Jungsozialisten unterstützen die neue Regelung. „Wir sehen keinen Generationenkonflikt“, sagte ihre 29 Jahre alte Vorsitzende Franziska Droschel dem „Hamburger Abendblatt“. Es sei eine soziale Frage, „ob auch ältere Menschen in dieser Gesellschaft menschenwürdig leben können“. Der 29 Jahre alte CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn kritisierte die Rentengarantie. „Eine Rentengarantie auf alle Ewigkeit ist falsch“, sagte Spahn der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“. Das Prinzip der Rente werde mit der Garantie ausgehebelt. Siehe Seite 10

CSU für starke Parlamente

„Kein Zeitdruck“ bei Lissabon-Kontroverse

elo. BERLIN. Die CSU-Führung will weiter für ein umfassendes Mitwirkungsrecht von Bundestag und Bundesrat an der Europapolitik kämpfen. Darauf einigte sich die Parteiführung am Samstag auf einer Sitzung in München, bei der es um die Inhalte eines Begleitgesetzes für den Vertrag von Lissabon ging. Einwände, durch eine stärkere Beteiligung der Parlamente werde das Handeln der Regierung in der Europäischen Union zu kompliziert, wies der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer zurück. Seehofer sagte dieser Zeitung: „Man darf Demokratie nicht dadurch relativieren, dass man sagt:

Demokratie soll bitte recht schnell und einfach geschehen.“

Die Runde, zu der auch Generalsekretär Alexander Dobrindt, führende CSU-Politiker aus dem Bundestag, dem Bayerischen Landtag und dem Europäischen Parlament gehörten, verlangte, die Parlamente müssten künftig selbst entscheiden, ob sie zu einem europapolitischen Vorgang eine Stellungnahme abgeben. Geschehe es, so sei die Stellungnahme bindend für das Regierungshandeln, hieß es in der CSU-Führung. Der Zeitplan, der eine Verabschiedung des Begleitgesetzes noch vor der Bundestagswahl vorsieht, sei „eine Möglichkeit“. Es bestehe jedoch „objektiv kein Zeitdruck“. Siehe Seite 3

China: Vorsicht in München

Reisewarnung nach Vorfall mit Exil-Uiguren

PRAG/MÜNCHEN. Das Außenministerium in Peking hat Chinesen zur Vorsicht bei Reisen nach München geraten. Chinesische Vertreter sollen die deutschen Behörden aufgefordert haben, „effektive Maßnahmen zum Schutz des Lebens und des Eigentums von Chinesen in Deutschland“ zu ergreifen. Hintergrund ist offenbar ein Vorfall am vergangenen Dienstag, als Uiguren während einer Demonstration in München chinesische Touristen mit Regenschirmen angegriffen hatten. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte: „Diese Warnung entbehrt jeder vernünftigen Grundlage.“

Derweil bezifferte die chinesische Regierung die Zahl der Toten bei den Unruhen in Xinjiang auf 184. 137 Chinesen, 46 Uiguren und ein Angehöriger der muslimischen Volksgruppe der Hui seien getötet worden. In der Provinzhauptstadt Urumtschi beruhigte sich die Situation nach Berichten am Samstag weiter. Auf den Straßen seien weniger paramilitärische Kräfte zu se-

hen, die muslimischen Viertel der Stadt seien „sehr ruhig“.

Unterdessen verurteilte der türkische Ministerpräsident Erdogan die Gewalt gegen die Uiguren als Völkermord. dpa/Siehe Seite 7

Wetterlage Der Tag wird durchwachsen, in großen Teilen West- und Norddeutschlands regnet es. Die Höchsttemperaturen liegen bei 20 bis 25 Grad. Seite 44

Lotto: 1, 3, 12, 14, 27, 43, (39), 0*
Spiel 77: 9 6 9 8 7 1 4
Super 6: 3 3 8 7 0 5

Alle Zahlen ohne Gewähr. *Superspiel
Abonnentenservice: 01 80-2 344 677*
Probe-Abonnement: 01 80-2 52 52*
*(6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen ggf. abweichende Preise)
Im Internet: www.faz.net/leserportal

Impressum 6 Börsen 40, 42
Fernsehen 28 **Herzblatt** 52
Leserbriefe 30 **Rätsel** 52, 55

Trauerfeier für getötete Ägypterin

F.A.S. DRESDEN. Mit einer Trauerfeier haben etwa 1500 Menschen am Samstag in Dresden an die im Gerichtssaal getötete Ägypterin Marwa al-Scharbini erinnert. Auch SPD-Chef Franz Müntefering sowie Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) nahmen an der Gedenkveranstaltung teil. Frau Al-Scharbini, 31, war am

Mehr Leser für F.A.S.

F.A.S. FRANKFURT. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung hat ihre Reichweite im vergangenen Jahr deutlich gesteigert. Laut der Allensbacher Werbeträger-Analyse (AWA) 2009 wuchs die Leserschaft der F.A.S. um 18 Prozent auf 1,17 Millionen; die Frankfurter Allgemeine Zeitung erreicht 1,04 Millionen, was einer Steigerung von 24

Prozent entspricht. Während FAZ und F.A.S. beide über die wichtige Grenze von mehr als einer Million Lesern bei den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen kommen, haben alle anderen Zeitungen Verluste hinnehmen müssen. In der Kombination erreichen die beiden Zeitungen jetzt 1,92 Millionen Leser.

Postkorb

We Are the World

Von: Die Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, Palazzo delle Congregazioni, Piazza Pio XII, 10, 00193 Roma
An: Joseph „Joe“ Jackson, Neverland, Kalifornien/USA

Sehr geehrter Herr Jackson, wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 7. Juli 2009. Leider kann der Heilige Vater Ihrem Wunsch, Ihren verstorbenen Sohn heiligzusprechen, nicht entsprechen. Michael Jackson war sicherlich ein großer Künstler, dessen Musik und karitatives Tun Millionen von Menschen bewegt hat. Die Kriterien für eine Kanonisierung erfüllt er freilich nicht. Dass er die Sangeskarriere seines weniger begabten Bruders Jermaine „wieder zum Leben erweckt hat“, und sei es nur für die Dauer der Trauerfeier vergangene Woche, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, ist bedauerlicherweise kein Wunder im Sinne der katholischen Kirche. Dasselbe gilt für seine (sicherlich beeindruckenden) Tanzkünste, bei denen, wie Sie es ausdrücken, „die Schwerkraft wie aufgehoben schien“. Schließlich: Ihrer Familie mag der Freispruch in der Anklage wegen Kindesmissbrauchs 2005 „wie ein Wunder“ erschienen sein; für die katholische Kirche kann diese Sichtweise nicht bindend sein. Der Heilige Vater dankt Ihnen sehr für Ihr Angebot, den Vatikan „angemessen“ an den Tantiemen für „We Are the World“ zu beteiligen, muss aber auch in diesem Falle ablehnen. Für die „Resurrection Tour“ wünscht er den „Jackson 4“, wie die Gruppe ja heißen soll, wenn ich Sie richtig verstehe, viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen,
Simone de Bertolli, Erzbischof



Der Allerweltsberater
Dabei sein ist alles:
Roland Berger mischt immer noch mit. *Wirtschaft, Seite 36*

Nützliche Giftspritze
Botox glättet Falten, aber es kann der Medizin noch mehr dienen. *Wissenschaft, Seite 58*

Kampf auf den Kanaren
Katharina Wagner versucht, auf einer Insel „Tannhäuser“ zu inszenieren. *Feuilleton, Seite 22*



Belgien 3,30 €; Frankreich 3,80 €; Luxemburg 3,38 €; Niederlande 3,30 €; Österreich 3,30 €; Frankreich 3,80 €; Italien 3,80 €; Portugal (Cont.) 3,80 €; Schweiz 3,80 sfr; Spanien, Böhmen und Kanada 3,80 €; Ungarn 0,28 Ft

